

# Grünes Licht für S31-Verlängerung

**Grünes Licht gibt es für die Verlängerung der S31 von Oberpullendorf nach Rattersdorf. Der UVP-Bescheid ist nun rechtskräftig. Bis Ende 2016 soll die Landesstraße fertig sein. Sie soll für die Anrainer-Gemeinden eine Entlastung bringen.**

Bereits im November 2010 haben SPÖ-Verkehrsministerin Doris Bures und Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) die Verlängerung der S31 Richtung Grenzübergang Rattersdorf angekündigt. Nach vielen Verhandlungen, Diskussionen mit Anrainern und der nun rechtskräftigen Umweltverträglichkeitsprüfung gibt es jetzt grünes Licht. Mit dem Bau der B61a soll im Sommer begonnen werden.



Foto/Grafik: ORF

Die Verlängerung führt von Oberpullendorf nach Rattersdorf

## Entlastung für Region

Die Trasse der Umfahrungsstraße führt vom Kreisverkehr Oberpullendorf bis zum Kreisverkehr vor dem Grenzübergang Rattersdorf - Kőszeg. Kostenpunkt: 37 Millionen Euro. Die knapp zehn Kilometer lange zweispurige Landesstraße solle für die Region rund um Oberpullendorf in vielerlei Hinsicht eine Entlastung bringen, sagt Straßenbaulandesrat Helmut Bieler (SPÖ).

„Sie soll zuerst einmal eine Verkehrsentslastung bringen, mehr Sicherheit in den Gemeinden, weil wir den Verkehr in die neue Straße umleiten können, aber auch eine wirtschaftliche Aufwertung, die Chance auf mehr Betriebe, die Chance auf mehr Arbeitsplätze“, so Bieler.

## Keine Einsprüche und Beschwerden

Die anfänglichen Proteste der betroffenen Anrainer gegen den Verlauf der geplanten Landesstraße haben sich laut Bieler mittlerweile im Sand verlaufen. Es habe keine Einsprüche oder Beschwerden gegen den jetzigen Trassenverlauf gegeben. Es folgt nun eine EU-weite Ausschreibung. Nach zwei Jahren Bauzeit soll die zweispurige B61a Ende 2016 befahren werden können.

## Reaktion

Als „höchst erfreulich“ wertet Werner Gradwohl, ÖVP-Mandatar des Bezirkes Oberpullendorf, die Tatsache, dass der UVP-Bescheid für die B61a nun endlich rechtskräftig ist. Der Bescheid sei ein klarer Erfolg für die Bürger der vom Verkehr betroffenen Anrainergemeinden. Gradwohl fordert nun die Errichtung von „Park&Ride“-Anlagen für die Pendler des Bezirkes.